

Stand: 31.01.2026 04:39:56

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/2863

"Biosphärenreservat Spessart: Demokratisches Verfahren nicht torpedieren, Entscheidung der Region respektieren und unterstützen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/2863 vom 16.07.2024
2. Beschluss des Plenums 19/2944 vom 18.07.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 27 vom 18.07.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebhammer, Martina Fehlner, Ruth Müller, Christiane Feichtmeier, Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)**

Biosphärenreservat Spessart: Demokratisches Verfahren nicht torpedieren, Entscheidung der Region respektieren und unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den demokratischen Prozess in den Gebietskörperschaften Landkreis Main-Spessart, Landkreis Miltenberg, Landkreis Aschaffenburg sowie in der Stadt Aschaffenburg zur Entscheidung über den Antrag auf ein mögliches Biosphärenreservat Spessart nicht weiter zu torpedieren und die Bevölkerung nicht zu verunsichern. Stattdessen soll die anstehende Entscheidung der Region vor Ort respektiert und bei Bedarf unterstützt werden, z. B. durch angemessene Einbringung von Flächen der Staatsforsten in die Kernzone.

Begründung:

Vor zwei Jahren haben sich die Landkreise Main-Spessart, Miltenberg, Aschaffenburg und die Stadt Aschaffenburg auf den Weg gemacht, gemeinsam die Chancen für ein Biosphärenreservat Spessart auszuloten und eine entsprechende Bewerbung bei der UNESCO zu prüfen. Die Region hat dabei ihre Lehren aus der Debatte um einen möglichen Nationalpark im Spessart gezogen, die damals für eine tiefe Spaltung der Bevölkerung gesorgt hat.

Begonnen wurde ein zutiefst demokratischer, kleinteiliger und sachlicher Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess, der von einem umfassenden Austausch in und mit den 100 Städten und Gemeinden, die als Teil der Biosphärenregion infrage kommen, bestimmt ist. Eine zum Ende des vergangenen Jahres vorgestellte Machbarkeitsstudie bescheinigt der Region gute Chancen bei einer Bewerbung, betont aber auch, dass noch Fragen zum Alleinstellungsmerkmal und zur Fläche der Biosphärenregion zu klären sind.

Momentan befinden sich die Städte und Gemeinden in der Region in einem Entscheidungsprozess, in dem sie sich für und gegen die Bewerbung aussprechen und eigene Flächen zur Gesamtfläche des Biosphärenreservats beisteuern können. Knapp die Hälfte der Kommunen hat sich bereits entschieden und steht mit großer Mehrheit hinter dem Projekt. Mit einem Abschluss der Entscheidungsphase wird zum Jahresende gerechnet. Das Ergebnis wird zeigen, ob die Bevölkerung hinter den Plänen der Gebietskörperschaften steht und wie groß die Fläche der Biosphärenregion ausfallen kann.

Diese Entscheidung muss unbedingt von den Menschen vor Ort getroffen werden und darf nicht durch einseitige und darüber hinaus unsachliche Stellungnahmen von Mitgliedern der Staatsregierung beeinflusst werden. Die beteiligten Gebietskörperschaften sol-

len gemeinsam mit der Bevölkerung entscheiden dürfen, wie sie ihre Region weiterentwickeln wollen. Weitere Eingriffe in das kommunale Selbstverwaltungsrecht sind unbedingt zu vermeiden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Holger Gießhammer, Martina Fehlner, Ruth Müller, Christiane Feichtmeier, Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 19/2863

Biosphärenreservat Spessart: Demokratisches Verfahren nicht torpedieren, Entscheidung der Region respektieren und unterstützen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Tanja Schorer-Dremel

Abg. Johannes Becher

Abg. Harald Meußgeier

Abg. Marina Jakob

Abg. Patrick Friedl

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Thomas Zöllner

Abg. Thorsten Schwab

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe nun zur Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Martina Fehlner, Ruth Müller u. a. und Fraktion (SPD)

Biosphärenreservat Spessart: Demokratisches Verfahren nicht torpedieren, Entscheidung der Region respektieren und unterstützen (Drs. 19/2863)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Volkmar Halbleib das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf heute an diesem Rednerpult Martina Fehlner vertreten, die wegen eines privaten Trauerfalls nicht hier sein kann und gerne dazu gesprochen hätte. Sie hat mich gebeten, ihre Gedanken heute vorzutragen.

Welchen Stand haben wir bei der Diskussion um das Biosphärenreservat Spessart? – Vor zweieinhalb Jahren haben sich die Stadt Aschaffenburg, die Landkreise Main-Spessart, Miltenberg und Aschaffenburg auf den Weg gemacht, eine Bewerbung als Biosphärenregion der UNESCO zu prüfen. Neben einer Machbarkeitsstudie gab es viele Angebote wie Bürgerbeteiligung, Diskussionsrunden, Workshops, Informationsveranstaltungen und Abstimmungen, die bisher sehr sachlich abliefen. Aktuell stimmen die circa 100 betroffenen Gemeinden ab, ob sie pro oder kontra oder unter welchen Konditionen sie für das Biosphärenreservat Spessart sind. Momentan haben rund 40 Gemeinden abgestimmt. Circa 30 sind ausdrücklich für eine Bewerbung. Der Prozess läuft noch bis zum Jahresende, und zwar mit einer ergebnisoffenen Debatte.

Anders als bei den Planungen für den Nationalpark stammt die Idee nicht aus München, sondern ist organisch vor Ort gewachsen und gelebte Basisdemokratie. Natürlich gibt es auch hier die klassischen Diskussionen, die ich auch beruflich erlebt habe. Ich war lange Zeit beruflich in Bad Kissingen tätig und mit dem Biosphärenreservat Rhön befasst. Dort gab es die gleichen Ängste vor Einschränkungen in der Kernzone. Es wurden aber auch die Möglichkeiten und Potenziale eines solchen Biosphärenreservats gesehen. Das war der gleiche Prozess, soweit ich ihn beobachten konnte.

Zum Schluss haben sich die Gemeinden, die nicht in der Gebietskulisse waren, darum beworben, dass sie hineinkommen, weil der Effekt sehr positiv war.

Natürlich müssen wir über die Details diskutieren. Wir müssen heute vielleicht nicht so sehr darauf eingehen. Es gibt Kern-, Pflege- und Entwicklungszonen. Die Kernzone muss eine bestimmte Mindestprozentzahl der Gesamtfläche betragen. Dafür ist auch eine Beteiligung der Waldeigentümer, insbesondere der Kommunalwaldeigentümer, aber auch – und darum geht es – des Freistaates Bayern über die Staatsforsten notwendig.

So weit der Prozess bisher. Es geht nicht und ist inakzeptabel, den Prozess jetzt von oben durch ein Mitglied der Staatsregierung zu torpedieren und die Menschen unnötig und unsachlich zu verunsichern. Es geht nicht an, dass ein Minister dieser Staatsregierung von einer "Schnapsidee" bei diesem Biosphärengebiet spricht, obwohl die Kommunen mit großer Intensität und Sachlichkeit um diese Idee ringen.

(Beifall bei der SPD)

Wir kritisieren auch, dass Herr Staatsminister Hubert Aiwanger von einem "toten Pferd" gesprochen hat. Bevor die Kommunen überhaupt diskutiert und entschieden haben, spricht er von einem "toten Pferd" und behauptet, die Diskussion sei "von außen aufgestülpt". Er spricht von "Ideologen", von "Städtern" und von Diskussionen, die "von außen aufgestülpt" seien, obwohl sich die Kreistage von drei Landkreisen, die mehrheitlich konservativ besetzt sind, für diesen Prozess ausgesprochen haben. Diesen Prozess in dieser Art und Weise mit solchen Formulierungen von oben zu torpedieren, das geht nicht. Wir möchten deshalb an dieser Stelle ein klares Zeichen dagegen setzen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Bei euch kann jeder machen, was er will!)

– Das hört sich genau so an: Jeder kann innerhalb einer Staatsregierung machen, was er will. Lieber Herr Kollege Bernhard Pohl, dazu gehört schon eine staatspolitische Verantwortung. Das wissen Sie auch. Vielleicht sollten Sie einmal Ihre Kontakte zu Herrn Staatsminister Aiwanger nutzen, um ihn an die Grundwerte der FREIEN WÄHLER zu erinnern. Vielleicht sollten wir überhaupt wieder die Grundwerte in den Mittelpunkt stellen, nämlich demokratische Prozesse in den Kommunen nicht von oben zu behindern, par ordre du mufti zu kommentieren und infrage zu stellen. Das ist hier nämlich erfolgt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Zuständigkeiten wahren!)

Herr Kollege Pohl, die FREIEN WÄHLER gehen von ihren eigenen Wurzeln weg. Das muss ich Ihnen sagen, es tut mir leid.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Aiwanger hat außerdem noch von den "Mainstream-Medien" gesprochen, womit er die Regionalpresse meinte. Das ist ein Begriff, der normalerweise nur von rechts außen kommt. Das alles sind Konnotationen, die nicht sinnvoll sind.

(Andreas Winhart (AfD): Das sind ganz normale Begriffe!)

Eine weitere Formulierung lautete: "Mörder der Eichenbestände". Die Landräte, die Oberbürgermeister und die Kommunalpolitiker vor Ort haben sich darüber zu Recht aufgeregt.

Ich möchte die Erwartung formulieren: Lassen Sie die Region und die gewählten Vertreter arbeiten. Keine Entscheidung aus München! Sorgen Sie dafür, dass dieser Prozess konstruktiv begleitet wird.

Abschließend möchte ich ein Zitat von Frau Landrätin Sitter von der CSU anführen: "Ich bin stolz, dass es uns in Zeiten zunehmender Polarisierung gelungen ist, über Parteigrenzen hinweg einen Prozess anzustoßen, der sachorientiert die Machbarkeit

einer Biosphärenregion im Spessart untersucht." Außerdem stellt sie fest: Es sei sehr bedauerlich und es habe auch die kommunalpolitischen Mandatsträger seiner eigenen Partei im Spessart stark irritiert, dass ausgerechnet vom bayerischen Wirtschaftsminister, dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten, Störfeuer gekommen sei. Dagegen verwahre sich die Region.

Auch wir im Landtag sollten uns dagegen verwalten. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Tanja Schorer-Dremel.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Besucher! Ein Biosphärenreservat ist etwas ganz Besonderes. Es ist eine Modellregion für nachhaltige Entwicklung, aber auch für Bildung und Forschung. Die Leitlinie eines Biosphärenreservats ist der Schutz und damit der Beitrag zur Erhaltung von Landschaft, Ökosystemen, von Artenvielfalt, genetischer Vielfalt. Weitere Ziele sind die Förderung einer menschlichen und wirtschaftlichen Entwicklung, einer soziokulturellen und ökologischen Nachhaltigkeit sowie eine logistische Unterstützung von Forschung, Umweltbildung und Umweltbeobachtung.

In Deutschland gibt es derzeit 18 Biosphärenreservate, darunter zwei sehr erfolgreiche in Bayern, nämlich in der Rhön und im Berchtesgadener Land. Deshalb ist es sinnvoll, diese Einrichtung ein bisschen näher zu betrachten. Entscheidend ist, ein Biosphärenreservat geht immer vom Menschen aus: Mensch und Forschung, Mensch und Ökonomie, Mensch und Bildung für nachhaltige Entwicklung, Mensch und nationale Kooperation, Mensch und Tourismus, Mensch und Naturschutz sowie Mensch und Ökologie, aber auch Landwirtschaft, Wald und Jagd.

Wir sollten uns vor Augen halten, dass der Spessart für die Menschen vor Ort enorm wichtig ist. Wir schützen und nützen ihn seit Jahrhunderten. Der Spessart stiftet Identität und gibt den Menschen Wurzeln. Unter diesen Gesichtspunkten haben sich die Menschen mit der Einrichtung eines Biosphärenreservats auseinandergesetzt. Dieser Prozess wird vor Ort von den Menschen auf unterschiedlichen Ebenen gestaltet und soll bis zum Ende des Jahres abgeschlossen sein. Das ist gut so, und das gilt es auch zu respektieren.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Für die CSU ist es daher wichtig, mit den Menschen zu reden. Wir müssen beide Positionen respektieren und wertschätzen, sowohl die Position der Menschen, die für die Einrichtung eines Biosphärenreservats sind, aber auch die Position der Menschen, die dagegen Bedenken haben, die die Holzrechte erhalten und die jahrhundertealte Tradition bewahren wollen. Diese beiden Positionen müssen wir aushalten und miteinander argumentieren. Ich habe vor Ort mitbekommen, dass das sehr gut gelingt.

Das gelingt nicht zuletzt, weil die Staatsregierung, vertreten durch Frau Staatsministerin Kaniber, seinerzeit 2.000 Hektar Wald für eine Kernzone zur Verfügung gestellt hat. Werte SPD, mit Ihrem heutigen Dringlichkeitsantrag beschränken Sie die Entscheidungsfreiheit der Menschen vor Ort auf eine Seite.

(Volkmar Halbleib (SPD): Nein!)

Wir müssen respektieren, dass der Entscheidungsprozess für oder gegen dieses Biosphärenreservat weitergeht. Da darf es auch einmal vorkommen, dass sich die Staatsregierung in diese Diskussion einmischt. Über Form und Art können wir sehr gern diskutieren, das ist aber kein Thema für uns heute. Wir vertrauen den Menschen vor Ort. Wir respektieren die Entscheidung dieser Menschen, egal wie sie ausfallen wird; denn nur so wird ein Biosphärenreservat funktionieren. Die Menschen vor Ort müssen diesen Prozess selbst gestalten. Nur so kann ein Biosphärenreservat erfolgreich sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Johannes Becher.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Schorer-Dremel, zunächst einmal vielen Dank für diese sachliche und ausgewogene Rede. Selbstverständlich darf sich eine Staatsregierung in eine Diskussion einmischen und eine eigene Meinung haben. Aber der Ton macht die Musik. Ich möchte deshalb Sie und die CSU fragen, wie Sie die folgenden Begriffe wahrgenommen haben: "Dummheit", "Naivität", "Schnapsidee", "totes Pferd", "Mainstream-Medien" usw. Es hat gar nicht mehr aufgehört. Wir haben die Artikel und den Brandbrief gelesen.

Ich halte es immer für schwierig, wenn versucht wird, einer Region aus dem Landtag oder aus der Staatsregierung heraus zu sagen, was sie zu denken hat. Mich würde interessieren, wie Sie die Äußerungen des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger wahrgenommen haben. Wie wurde darüber in der CSU diskutiert, und wie bewerten Sie den Stil?

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Es steht mir nicht zu, das zu bewerten. Ich bin auch nicht die Pressesprecherin des Herrn Wirtschaftsministers. Für mich ist entscheidend, dass den Menschen vor Ort mit Respekt und Wertschätzung begegnet wird. Das ist unser Ansatz. Alles Weitere müssen Sie mit demjenigen ausmachen, der diese Äußerungen getätigt hat.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Herrn Kollegen Volkmar Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Ich darf mich ebenfalls für die wohlthuende Sachlichkeit bedanken. Nur ein paar Punkte zu diesem Dringlichkeitsantrag: Dieser Prozess ist er-

gebnisoffen. Das soll er auch sein. Wir wollen keine Vorfestlegung. Auf der kommunalen Ebene gibt es einen offenen Diskussionsprozess "Biosphärenreservat ja oder nein".

Ich bedanke mich auch dafür, dass Sie auf den Beitrag von Frau Staatsministerin Kaniber verwiesen haben. Das war ein sachlicher und guter Beitrag zu dieser Debatte.

Der laufende Entscheidungsfindungsprozess bei den Kommunen bedarf jedoch eines mit Sicherheit nicht, nämlich solcher Formulierungen, wie sie von einem Mitglied der Staatsregierung gebraucht wurden. Darüber sollten wir uns einig sein. Wir nehmen zur Kenntnis, dass Sie sich als Mitglied der anderen Regierungsfraktion dazu nicht ausführlich äußern wollen. Auch das ist eine klare Aussage zum Vorgehen von Herrn Aiwanger. Vielleicht können Sie aber intern dafür sorgen, dass das Störfeuer bei diesem Prozess künftig unterbleibt.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege Halbleib, Sie schreiben, die Staatsregierung sollte nicht torpedieren. Nach meiner Auffassung hat die Staatsregierung ausgewogen und in beide Richtungen viele wichtige Impulse gegeben. Mit Ihrem Dringlichkeitsantrag unterstellen Sie der gesamten Staatsregierung, dass sie den Prozess torpediert. Das sehen wir anders. Deswegen lehnen wir diesen Dringlichkeitsantrag ab.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Das war der zuständige Ressortminister!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Harald Meußgeier.

Harald Meußgeier (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kollegen, liebe Gäste auf der Tribüne! Liebe SPD, Ihre Willenserklärung zum Schutz der Basisdemokratie in Ihrem Antrag ist loblich und auf den ersten Blick plausibel. Im Sinne der Subsidiarität ist dies auch zu begrüßen.

Bei genauerer Betrachtung fallen mir jedoch mehrere Unstimmigkeiten auf. Gerade in so bedeutenden Fragen wie der Errichtung eines Biosphärenreservats ist es unabdingbar, dass die betroffenen Bürger von Anfang an eingebunden und vollumfassend informiert werden

(Volkmar Halbleib (SPD): Das machen wir doch!)

– ja Moment –; denn wie bei allen Vorhaben gibt es hier ein Für und ein Wider, meine sehr verehrten Damen und Herren. Schließlich sollen die Bürger, Landwirte und Waldeigentümer vor Ort selbst eine Entscheidung treffen. Dem muss aber auch ein ergebnisoffener Prozess vorangegangen sein. Die jüngsten Entwicklungen rund um die Streichung des Vetorechts der Kommunen beim Windkraftausbau zeigen aber leider einmal mehr, wie wenig Respekt die Staatsregierung vor dem demokratischen Prozess in unseren Kommunen hat.

Aber gehen wir zurück zum Antrag der SPD: Es ist grundsätzlich richtig, dass Entscheidungen der jeweiligen betroffenen Regionen respektiert werden sollen. Dies ist übrigens ein zentraler Programmpunkt der AfD, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Im vorliegenden Fall gibt es jedoch noch viele ungeklärte Fragen, wie zum Beispiel erstens: Was geschieht mit den jahrhundertealten Schlagrechten der Forstbauern? – Zweitens. Welche Einschränkungen gelten für die Landwirte in den darin liegenden und angrenzenden Flurstücken? – Drittens. Kann oder wird das eventuell für ein getarntes Windparkprojekt verwendet werden? – Bekanntlich darf man in diesen Biosphärenreservaten an einigen Stellen Windräder errichten. Es soll schon Untersuchungen dazu geben, wo man Windräder optimal platzieren kann. Das macht natürlich Sinn, wenn man im Endeffekt die Kernzone in diesem Gebiet bestimmen muss. Viertens. Sind die Bürger in diesem Landkreis umfänglich informiert worden? – Fünftens. Ein mögliches Reservat würde dann nicht mehr in der Verantwortung der Kommunen liegen, oder? – Unklar ist auch, was mit den Staatsforsten geschieht. Berufen möchte

ich mich hier auf ein Zitat unseres Ministers Hubert Aiwanger, der heute nicht hier ist. Er hat sich wie folgt geäußert: Die Staatsforsten werde ich für diese "Schnapsidee" nicht hergeben. – Selbst die Staatsregierung ist sich in diesem Punkt nicht einig.

Zwei weitere und wichtige Punkte, die dagegensprechen, möchte ich noch erwähnen: Die Flächen für die notwendige Produktion unserer Lebensmittel werden immer knapper. Ebenso wird die Forstwirtschaft zunehmenden Beschränkungen ausgesetzt. Wir stehen für eine ideologiefreie Politik, welche die Interessen der Bürger ernst nimmt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Zu bedenken ist, dass es Großschutzgebiete in Deutschland und Bayern bereits in großer Anzahl gibt. Der dadurch erwartete und erhoffte Tourismusboom blieb jedoch vielerorts aus. Ein weiterer Aspekt ist der herausragende Zustand des Eichenbestands im Spessart. Zu verdanken haben wir diesen der jahrhundertealten Bewirtschaftung in den Regionen.

Liebe Kollegen, der Schutz des Waldes liegt uns ganz besonders am Herzen. Deshalb und aus den genannten Gründen werden wir den SPD-Antrag ablehnen.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Marina Jakob.

Marina Jakob (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucher! Heute sprechen wir über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung eines Biosphärenreservats im Spessart. Die Regierungsfractionen der CSU und der FREIEN WÄHLER lehnen diesen Antrag ab. Ich werde Ihnen erklären, warum.

Zunächst möchte ich aber betonen, dass wir als Regierungsfraction natürlich den demokratischen Prozess und die Meinungsbildung in der Region respektieren. Die Bürgerinnen und Bürger in den betroffenen Landkreisen und auch in der Stadt Aschaffenburg haben ein Mitspracherecht. Es ist uns natürlich ein wichtiges Anliegen, dass ihre

Stimmen gehört und berücksichtigt werden. Wir stehen fest zu dem Grundsatz, dass lokale Entscheidungen natürlich vor Ort getroffen werden sollen.

Der Antrag der SPD suggeriert aber, dass es Bestrebungen vonseiten der Staatsregierung gibt, den demokratischen Prozess zu unterminieren und die Bevölkerung zu verunsichern. Das stimmt nicht. Dies weisen wir entschieden zurück. Unser Ziel ist es, die Region zu stärken und die Bürger in ihren Entscheidungen zu unterstützen. Es ist uns wichtig, dass die Debatte vor Ort und mit der gebotenen Sorgfalt geführt wird.

Ein Biosphärenreservat bringt Chancen, aber auch Verpflichtungen und Einschränkungen mit sich. Daher ist es unerlässlich, dass die Bevölkerung umfassend in den Entscheidungsprozess eingebunden wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich unterstützen wir die regionale Entscheidungsfindung, sind aber nicht bereit, weitere Flächen der Bayerischen Staatsforsten für die Kernzone festzulegen.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Was meinen Sie mit "wir"?)

Aktuell sind bereits 2.000 Hektar der Bayerischen Staatsforsten aus der Nutzung genommen. Weitere 3.000 Hektar müssen die Kommunen selber einbringen.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Was meinen Sie mit "wir"?)

Wenn vor Ort ein Biosphärenreservat gewünscht wird, dann muss vor Ort die benötigte Fläche bereitgestellt werden. 14 Kommunen in der Kernzone haben sich aktuell gegen ein Biosphärenreservat ausgesprochen. Das sind diejenigen Kommunen, die die meisten Flächen dort mit einbringen müssen.

Es ist auch zu bedenken, dass die Einrichtung eines Biosphärenreservats weitreichende Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft, den Tourismus und die Forstwirtschaft hat. Die Menschen vor Ort wissen am besten, was gut für ihre Region ist. Ihre Meinung sollte letztendlich das ausschlaggebende Kriterium sein. Wir dürfen nicht verges-

sen, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung entscheidend für den Erfolg eines solchen Projektes ist.

Die SPD-Fraktion fordert in ihrem Antrag, den demokratischen Prozess nicht zu torpedieren und die Bevölkerung nicht zu verunsichern. Genau das tun wir nicht. Wir respektieren und unterstützen die demokratische Entscheidungsfindung vor Ort.

(Zuruf)

Eine solche Ansage ist daher unnötig und lenkt von den eigentlichen Bedürfnissen und Interessen der Bevölkerung ab.

Zusammenfassend möchte ich noch mal betonen: Wir lehnen diesen Dringlichkeitsantrag ab, weil wir fest davon überzeugt sind, dass die Menschen im Spessart selbst über die Zukunft ihrer Region entscheiden sollen. Die Staatsregierung wird weiterhin dafür sorgen, dass dieser Prozess transparent und fair abläuft. Wir werden Entscheidungen der Region respektieren und dann unterstützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. Bleiben Sie noch kurz am Rednerpult. – Der Kollege Johannes Becher hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Johannes Becher (GRÜNE): Frau Kollegin, Sie sagen, dass der Prozess transparent und fair abläuft und dass in der Region die Entscheidung respektiert wird. Das klang bei Hubert Aiwangers Äußerungen zur Wertschätzung für die Kommunalpolitik vor Ort anders. Ich würde mich freuen, wenn Sie dazu ein klares Wort finden: Wie halten Sie es denn mit der kommunalen Selbstverwaltung? Wie sollte jemand aus der Staatsregierung mit Landräten, mit Oberbürgermeistern sprechen? Fanden Sie es richtig, hier von "Dummheit", "Naivität", "Mainstream-Medien" und all diesen anderen Begriffen zu sprechen, die da noch gefallen sind? Halten Sie das für einen angemessenen Umgang mit der kommunalen Ebene, gerade als Partei, die eigentlich vor Ort stark veran-

kert ist und eine kommunale Geschichte hat? – Da scheint mir doch, dass das nicht ganz zusammenpasst.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Marina Jakob (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Becher, ich urteile selten über etwas, bei dem ich selber nicht dabei war und wo ich nicht den Ton gehört habe, wie der Betreffende es gesagt und gemeint hat.

(Zuruf von den GRÜNEN: Zweifeln Sie das an?)

– Ich war nicht dabei und kann es nicht beurteilen. Außerdem hat er seine Meinung kundgetan. Wenn drei Landräte sagen, dass jeder, der dagegen ist, das Projekt nicht versteht, ist das auch eine Willensbekundung nach außen,

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

die den Leuten suggeriert: Wer es nicht versteht und nicht unterstützt, weiß nicht, was gut für die Region ist. – Wir müssen das schon die Leute vor Ort entscheiden lassen.

(Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Hubert Aiwanger war vor Ort, hat sich das angeschaut und hat seine Meinung da kundgetan.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist der Kollege Patrick Friedl.

Patrick Friedl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben derzeit zwei Nationalparks und zwei UNESCO-Biosphärenreservate in Bayern. Alle diese sind ein großer Gewinn für die Regionen.

Heute kommt aus der Spessart-Region – wir haben es schon gehört, aus Aschaffenburg Stadt und den Landkreisen Aschaffenburg, Main-Spessart und Miltenberg – die

Initiative, eine Biosphärenregion Spessart ernstlich zu prüfen. Hierzu wurde in vorbildlicher Weise ein überparteilicher Prozess für eine mögliche Antragstellung zur Anerkennung als Biosphärenreservat begonnen. Die Debatte läuft als Prozess von unten und wird sehr intensiv als Prozess von unten geführt. Die Bürgerinnen und Bürger werden beteiligt. Insgesamt haben sich schon – das ist schon erwähnt worden – rund vierzig Kommunen an der Abstimmung beteiligt. Knapp drei Viertel stehen dem weiteren Verfahren positiv gegenüber. Die meisten bringen sogar Flächen für die Kernzone ein. Das ist sehr erfreulich.

Hierzu haben sich der Ministerpräsident wie auch die Landwirtschaftsministerin und der Umweltminister wiederholt konstruktiv bis positiv geäußert. Markus Söder hat dazu in seiner Regierungserklärung im Dezember gesagt: Wir begrüßen grundsätzlich regionale Initiativen, etwa auch die für ein neues Biosphärenreservat im Spessart. – Gut so. Was reitet den Vizeministerpräsidenten und Wirtschaftsminister, hier wiederholt hineinzufunken und Unruhe zu stiften? Das ist mir nicht erklärlich.

Ich halte es ganz mit dem Ministerpräsidenten. Dieser vorbildliche Prozess von unten hat die Unterstützung durch die ganze Staatsregierung verdient. Er ist mitten in seiner Startphase. Eine Machbarkeitsstudie, die positiv ausgefallen ist, liegt vor. Der Prozess läuft im Sinne der Subsidiarität. Ich weiß, dass dies im Spessart auch viele Mitglieder von Parteien, die in Bayern die Regierungsfraktion stellen, genauso sehen.

Ich danke allen Aktiven und Unterstützer:innen dieses offenen, transparenten und von gegenseitigem Respekt – Frau Schorer-Dremel hat es schon gesagt – getragenen Prozesses, ob und, wenn ja, mit welchen beteiligten Kommunen und Flächen ein UNESCO-Biosphärenreservat im Spessart auf den Weg gebracht werden könnte. Darum geht es ja: Auswahl der Flächen und dann Antragstellung. Mein Dank gilt insbesondere den beteiligten Landrät:innen von Aschaffenburg, Main-Spessart und Miltenberg sowie dem Oberbürgermeister von Aschaffenburg, die gemeinsam aktiv sind, obwohl sie drei unterschiedlichen Parteien angehören. Ich finde, das ist in diesen Zeiten wirklich ehrenwert.

Von einer Biosphärenregion profitiert die Tourismuswirtschaft ebenso wie die regionale Landwirtschaft, zum Beispiel über regionale Dachmarken und das regionale Handwerk. Eine Biosphärenregion schafft Arbeitsplätze. Das sollte auch einen Wirtschaftsminister interessieren. Biosphärenregionen sind Erfolgsprojekte, wie auch die Erweiterung der Biosphärenregion Rhön oder im Nachbarland Baden-Württemberg die Erweiterung des Biosphärengebiets Schwäbische Alb zeigen. Auch Gemeinden, die zunächst skeptisch waren – ja, es gibt die skeptischen Gemeinden –, sind diesem Erfolgsmodell später beigetreten. In der Rhön sind seit 2014 22 Kommunen hinzugekommen.

Ich bitte daher die Staatsregierung eindringlich, dieses vorbereitende Verfahren im Spessart geschlossen, konstruktiv und positiv zu begleiten und ab jetzt alle Störfeuer einzustellen. In diesem Sinne unterstützen wir den Antrag der SPD-Fraktion und hoffen, dass ab dem morgigen Tag das Verfahren wieder allein dort läuft, wo es hingehört, nämlich im Spessart.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, bleiben Sie noch am Rednerpult. Wir haben Meldungen für zwei Zwischenbemerkungen. Für die erste erteile ich dem Kollegen Thomas Zöller, FREIE WÄHLER, das Wort.

Thomas Zöller (FREIE WÄHLER): Hallo, Patrick, ich spreche jetzt mal als Mitglied des Kreistags Miltenberg, als Fraktionsvorsitzender der FREIEN WÄHLER dort. Wir haben uns alle dafür entschieden, den Prozess zu begleiten. Deine Rede war aber schon ein Plädoyer für das Biosphärenreservat. Es gibt unterschiedliche Meinungen bei uns im Landkreis. Die wollen wir auch respektieren. Es gibt auch Ortschaften, die gesagt haben, sie haben schon einen Zaun bestellt, den sie dann um ihren Wald machen, damit wir den nicht in Biosphärenreservat umbenennen.

Deshalb sollten wir uns raushalten, auch wenn es heute von eurer Seite vielleicht darum ging, dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten eins reinzuwürgen. Das ist

nicht gerade redlich; denn ein Hubert Aiwanger fährt auch in einen Ort wie Altenbuch mit ganz wenig Wählern und hört sich diese Problematik der Holzrechtler an. Wir sollten uns da einfach raushalten und den Prozess abwarten. Ende des Jahres ist es erledigt. Dann passt der Kram.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Bravo!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege.

Patrick Friedl (GRÜNE): Ich zitiere meinen letzten Satz: In diesem Sinne unterstützen wir den Antrag, weil der Antrag ja nur sagt, dass das ergebnisoffene Verfahren bitte ohne weitere Einflussnahme laufen soll.

(Zurufe)

Und ich habe gesagt: Ab heute ist das hoffentlich wieder da, wo es auch hingehört, nämlich in den Spessart. Den Antrag haben wir nicht gestellt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Thorsten Schwab, CSU-Fraktion, das Wort. Bitte.

Thorsten Schwab (CSU): Lieber Kollege Patrick Friedl, ich bin wahrscheinlich der einzige hier im Saal, der bei der Veranstaltung in Rechtenbach dabei war. Es gibt nicht nur Befürworter. Es gibt auch Menschen im Spessart, die skeptisch sind. Es ist richtig: Es ist ein Prozess, der auf den Weg gebracht worden ist von drei Landkreisen und einer kreisfreien Stadt. Die Kommunen werden derzeit abgefragt. Die entscheiden demokratisch in ihren Gremien. Richtig ist, dass es Kommunen gibt, die dafür gestimmt haben. Es gibt aber mittlerweile auch 14 Kommunen, die dagegen gestimmt haben mit Gemeinderats- oder Stadtratsbeschluss, ausgerechnet in der Kernregion des Spessarts.

Die Frage ist, ob es, wenn dieser demokratische Prozess abgeschlossen ist, auch von deiner Partei, von den GRÜNEN, akzeptiert wird, wenn der Spessart entscheidet und viele Kommunen im betroffenen Gebiet sagen, sie wollen es lieber nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Patrick Friedl (GRÜNE): Ich wüsste nicht, dass demokratische Prozesse von unserer Partei irgendwo nicht akzeptiert würden.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Da gibt es einige! – Weitere Zurufe)

Wir haben als Politiker:innen Meinungen. Du hast genauso eine Meinung dazu, wie ich eine habe. Die sage ich auch öffentlich, wenn ich gefordert bin. Aber deswegen respektieren wir trotzdem solche Entscheidungsprozesse.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Bevor wir allerdings zur Abstimmung kommen, hat die SPD-Fraktion beantragt, hier eine Erklärung nach § 133 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung abzugeben. Bitte, Herr Kollege Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich zunächst mal für die sehr sachliche Debatte. An einer solchen sachlichen Debatte ist uns auch gelegen. Wir haben das Problem gesehen, dass diese sachliche Debatte durch einen Beitrag der Staatsregierung in Schieflage gerät. Deswegen kommen wir den Koalitionsfraktionen entgegen. Uns liegt fern, hier irgendeine Schärfe reinzubringen. Allerdings wollten wir benennen, was problematisch ist. Wir sind bereit, den Antrag folgendermaßen zu ändern:

"Die Staatsregierung wird gebeten, den demokratischen Prozess in den Gebietskörperschaften Landkreis Main-Spessart, Landkreis Miltenberg, Landkreis Aschaffenburg sowie in der Stadt Aschaffenburg zur Entscheidung über den An-

trag über eine Biosphäre zu respektieren und bei Bedarf zu unterstützen, zum Beispiel durch angemessene Einbringung von Flächen der Staatsforsten in die Kernzone."

Wir greifen damit die Hinweise auch von Kollegin Jakob und von Kollegin Schorer-Dre-mel auf. Auch wenn das vielleicht von den Regierungsfractionen nicht auf die Schnelle akzeptiert werden kann, ist es unser Anliegen. Das darf ich an dieser Stelle noch mal deutlich zum Ausdruck bringen.

Insgesamt war es eine wichtige Debatte, die uns vielleicht wieder zurückführen kann, und zwar alle Mitglieder, auch die der Staatsregierung, aber auch dieses Hohen Hauses, diesen Entscheidungsprozess vorurteilsfrei ohne Vorwegnahme zu unterstützen und zu respektieren und nicht durch Vorfestlegungen und schwierige Begriffe und Worte zu gefährden. Daran ist uns gelegen. Das darf ich zur Abstimmung erklären. Wir würden hier den geänderten Antrag zur Abstimmung stellen. Wir haben ein gewisses professionelles Verständnis, dass das leider auf die Schnelle nicht möglich ist. Aber wir sollten uns wechselseitig tatsächlich ernst nehmen. Das nehme ich durchaus auch ernst.

(Christoph Maier (AfD): Sie können den Antrag auch zurückziehen!)

Sie sind mal ganz außen vor, und zwar rechts außen vor!

(Zurufe von der AfD)

Es ist gut, dass wir darüber reden und dass wir uns einig sind, dass dieser Prozess vor Ort als ergebnisoffen, aber kommunal getragen respektiert wird. Danke schön für die Aufmerksamkeit an die demokratischen Fraktionen dieses Hauses. Ich bitte, das der Abstimmung zugrunde zu legen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Eine Aussprache zu dieser Erklärung findet nicht statt. Damit kommen wir jetzt zur Abstimmung.

(Unruhe bei der CSU)

– Brauchen Sie eine Pause? – Nein.

(Michael Hofmann (CSU): Kann ich dazu etwas sagen?)

– Nein, dazu findet keine Aussprache statt.

(Michael Hofmann (CSU): Ihr habt euren Antrag geändert! – Anna Rasehorn

(SPD): Nach § 133 Absatz 4 gibt es keine Erklärung zu Erklärungen! – Michael

Hofmann (CSU): Ihr habt euer Abstimmungsverhalten nicht erklärt! Ihr habt euren

Antrag abgeändert! – Weitere Zurufe – Unruhe – Abgeordneter Michael Hofmann

(CSU) begibt sich zum Zweiten Vizepräsidenten Alexander Hold)

Werte Kolleginnen und Kollegen, es geht um die Redezeit. Wir unterbrechen die Sitzung für 5 Minuten.

(Unterbrechung von 10:09 bis 10:12 Uhr)

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die Sitzung hiermit fort. Wir haben uns gerade kurz beraten. Die SPD-Fraktion hat ihren Dringlichkeitsantrag inhaltlich abgeändert. Das ist ohne Weiteres zulässig. Allerdings ist das dann keine Erklärung zu ihrem Abstimmungsverhalten. Nur darum ging es soeben. Die zwei Minuten, die der Kollege Halbleib gerade gesprochen hat, werden deswegen auf die Redezeit der SPD-Fraktion angerechnet.

Dann kommen wir hiermit zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/2863 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? – Das sind die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄH-

LER und die AfD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist der Dringlichkeitsantrag hiermit abgelehnt.

Der Kollege Winfried Bausback hat eine persönliche Erklärung zu seinem Abstimmungsverhalten nach § 133 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung angekündigt. Ich erteile ihm das Wort. Bitte schön.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Präsident! Ich habe gegen diesen Antrag der SPD gestimmt, weil ich zum Ersten der Meinung bin, dass dieser Antrag genau das bewirkt, was ich nicht will, nämlich die Diskussion von der Region in den Landtag verlagern. Wir haben das erlebt.

Zum Zweiten wäre der Kollege Halbleib zu Recht empört – ich gehe von der ursprünglichen Formulierung des Antrags aus –, wenn ich ihm sagen würde, ich forderte ihn auf, seine Frau nicht weiter zu schlagen und dadurch zu verunsichern. – Sie unterstellen mit Ihrem Antrag, dass die Staatsregierung zum einen den Prozess torpediert und zum anderen die Bevölkerung verunsichert. – Ich komme vom Untermain. Ich kann Ihnen versichern: So schnell lassen wir uns nicht verunsichern. Deshalb muss ich diesen Antrag ablehnen.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ich bin aber sehr dafür, dass der Prozess in der Region weitergeführt und entschieden wird. Dafür stehe ich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Auch zu dieser Erklärung findet keine Aussprache statt.